

**Bericht zur Abschlusstagung des Forschungsprojekts „Genderforschung und die neue Governance der Wissenschaft“, Ruhr-Universität Bochum, 21./22.09.2015**

**Heike Kahlert und Sahra Dornick unter Mitarbeit von Johanna Özogul und Agnes Raschauer**

Seit mindestens 20 Jahren unterliegt der öffentliche Sektor durch die Einführung ökonomischer Denkweisen und Steuerungsinstrumente tief greifenden Veränderungen, die mit den Labels New Public Management oder auch neue Governance beschrieben werden und sich etwa in Gestalt von Ziel- und Leistungsvereinbarungen, Evaluationen, Controlling und einer Ausweitung und Stärkung des Managements ausdrücken. Auch Hochschule und Forschung bleiben davon nicht unberührt.

Zwischenzeitlich liegen sowohl international als auch für den deutschsprachigen Raum einige Forschungen zum Zusammenwirken von neuer Governance und Gleichstellung vor. Sie verdeutlichen, dass die Gleichstellungspolitik von der neuen Steuerung profitieren kann, sofern es gelingt, sie konsequent in den neuen Steuerungsinstrumenten zu verankern. Wie sich die neue Governance der Wissenschaft auf Forschung und Lehre auswirkt, ist allerdings bisher nur in Ansätzen erforscht. Gleiches gilt auch für die Genderforschung.

Dieser wird in ihren Selbstbeschreibungen und auch in der wissenschaftspolitischen Rhetorik ein hohes Innovationspotenzial im Hinblick auf inhaltliche wie organisationskulturelle und -strukturelle Impulse für das Wissenschaftssystem und auf gesellschaftliches wie politisches Handeln zugeschrieben. Zugleich ist die Genderforschung seit den Anfängen in allen westlichen modernen Gesellschaften feminisiert, denn in der Genderforschung engagieren sich vor allem und auf allen Stausebenen Frauen. Dementsprechend bedeutet die Förderung der Genderforschung immer noch zweierlei: die Förderung der Durchsetzung von Chancengleichheit für Frauen und die Förderung der Weiterentwicklung der Wissenschaft in ihren Inhalten, Theorien, Methodologien und Methoden sowie damit verbundenen Organisationsstrukturen und -kulturen in Hochschule und Forschung.

Was passiert nun unter Bedingungen der neuen Governance der Wissenschaft mit der Genderforschung? Welche Rolle spielt sie in den um sich greifenden Transformationsprozessen, etwa in der institutionalisierten Forschungsförderung, der Hochschulentwicklung und in Karrieren des wissenschaftlichen Nachwuchses? Welche Bedeutung wird ihr unter Bedingungen der neuen Governance in den gegenwärtigen Transformationsprozessen im Wissenschaftssystem aus wissenschaftlicher, organisationaler (kultureller und struktureller) und politisch-administrativer Sicht beigemessen? Welche Förderung erfährt die Genderforschung dabei von den verschiedenen wissenschafts- und hochschulpolitischen Akteuren?

Und wo liegen unter Bedingungen der neuen Governance Ansatzpunkte, um die Förderung der Genderforschung zu vertiefen und zu erweitern?

Diese Fragen standen im Mittelpunkt des zweijährigen Forschungsprojekts „Genderforschung und die neue Governance der Wissenschaft“, das von 2013 bis 2015 unter der Leitung von Heike Kahlert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) an der Universität Hildesheim gefördert wird. Im Rahmen der gleichnamigen internationalen Fachtagung am 21. und 22. September 2015 an der Ruhr-Universität Bochum, die mit Unterstützung der Gleichstellungsbeauftragten der Ruhr-Universität Bochum durchgeführt wurde, wurden die Projektergebnisse im Kontext laufender Debatten über Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung, öffentliche Forschungsförderung, Karrierewege und -strategien des wissenschaftlichen Nachwuchses und den Dialog zwischen Wissenschaft und sozialer Praxis mit etwa 60 Personen aus Wissenschaft, Forschungsförderung, Ministerien und Gleichstellungspolitik diskutiert.

Am ersten Tag gaben internationale Expertinnen aus der genderbezogenen Hochschul- und Wissenschaftsforschung Einblicke in ihre Beobachtungen, Erfahrungen und Forschungsergebnisse zum Tagungsthema.

LOUISE MORLEY (University of Sussex/Großbritannien) behandelte in ihrem Vortrag die „Intra-actions“ zwischen Geschlecht, Neoliberalismus und internationaler Forschung. Sie kritisierte die zunehmende Kommodifizierung von Wissen durch Privatisierung, Deregulierung und Finanzialisierung seiner Produktionsprozesse und -organisationen und verdeutlichte, dass sich die Forschungskultur zunehmend durch Konkurrenz statt durch Zusammenarbeit sowie die Orientierung an Zahlen anstelle von Inhalten auszeichnet. Unter diesen Bedingungen sei vor allem die kritische Ausrichtung von Wissenschaft, die insbesondere für die Genderforschung charakteristisch ist, gefährdet. MORLEY stellte zudem klar, dass die Universitäten trotz der neoliberalen Umstrukturierung keine finanziellen Gewinne machten und fragte nach den verdeckten Wirkungen der Transformationsprozesse wie Prekarität der wissenschaftlichen Arbeitsverhältnisse, meritokratische Ausrichtung des Wissenschaftsbereichs auf das „männliche“ Arbeitnehmersubjekt und weitestgehender Ausschluss gesellschaftskritischer Perspektiven.

Im zweiten Vortrag reflektierte ROSEMARY BUIKEMA (University of Utrecht/Niederlande) die Arbeitsbedingungen anlässlich einer in den Jahren 2011 und 2012 erfolgten Antragstellung auf Förderung des internationalen Forschungsprojektverbunds „Interplaces“ aus Mitteln des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms. An einem Rechenbeispiel verdeutlichte die Referentin die tatsächlichen Kosten der – im konkreten Fall nicht erfolgreichen – Drittmitteleinwerbung. Davon ausgehend, dass pro Antrag 1.000 Arbeitsstunden aufzuwenden sind, seien allein von 2011 bis 2012 auf diese Weise 1.150.000 Arbeitsstunden in den betreffenden Förderungssegmenten investiert worden. Diese Zeit sei für produktive intel-

lektuelle Arbeit oder die individuelle Rekreation verloren. Auf Grundlage dieser Überlegungen stellte die Referentin die Forderung auf, die tatsächlichen Kosten des Systems der Drittmittelinwerbung künftig in die Prozessentwicklung der Antragstellung einzubeziehen und die Regularien der Antragstellung für durch die EU geförderte Projekte zu verändern, indem ein mehrstufiger Bewerbungsprozess mit einer vorangehenden Kurzbewerbung eingeführt würde.

LIISA HUSU (University of Örebro/Schweden und Hanken School of Economics Helsinki/Finnland) beleuchtete die Situation der Forschungsförderung der Genderforschung in den nordeuropäischen Ländern. Norwegen, Finnland und Schweden gälten einerseits als Top-Performer im Hinblick auf Gender und Gleichstellung sowie Forschung und Innovation, andererseits ließen sich jedoch auch Paradoxien ausmachen. Am Beispiel der Gender-Exzellenz-Einrichtung *GEXcel Centre of Gender Excellence*, die von 2006 bis 2013 vom schwedischen Wissenschaftsrat an den Universitäten Linköping und Örebro gefördert wurde, machte die Referentin auf Diskontinuitäten in der Förderung von Genderforschung aufmerksam: Obwohl *GEXcel* mit der Gewinnung von 100 internationalen Gastdozent\_innen, zahlreichen Konferenzen und Workshops, der Entstehung des RINGS-Netzwerks sowie mehreren Publikationen als überaus erfolgreich gelten kann und auch positiv evaluiert wurde, erhielt das Exzellenzzentrum keine Anschlussfinanzierung. Dies sei umso bemerkenswerter, als normalerweise Exzellenzeinrichtungen längerfristig gefördert würden.

BRIGITTE LIEBIG (Hochschule für Angewandte Psychologie der Fachhochschule Nordwestschweiz und Universität Basel/Schweiz) nahm die Auswirkungen der neoliberalen Transformationen auf die Gender-Studies-Studiengänge in den Blick. Im Rückgriff auf die Ergebnisse einer in der Schweiz durchgeführten Untersuchung erläuterte sie, dass unter den Dozierenden ein eher emanzipatorisches Selbstverständnis bezüglich der Gender Studies vorherrschte. Die Befragten mit Expertise in Arbeitsvermittlung und Berufsberatung nahmen die Gender Studies hingegen als theorielastig, akademisch und praxisfern wahr und brachten ihren Inhalten, insbesondere den dekonstruktivistischen Ansätzen, Misstrauen entgegen. Die Studierenden wiederum wollten kritisches Denken erlernen und Sozialkompetenz ausbilden, gleichzeitig erhofften sie sich eine berufliche Qualifikation und Verbesserung ihrer Arbeitsmarktchancen. Die Referentin schlussfolgerte, dass sich die Gender Studies stärker definieren, Unterstützung beim Übergang in den Beruf anbieten sowie umfangreichere Formen der Öffentlichkeitsarbeit ins Auge fassen müssten, um ihr Legitimationsdefizit im Hinblick auf „employability“ auszugleichen.

Am zweiten Tag stellten HEIKE KAHLERT (Ruhr-Universität Bochum und Universität Hildesheim), SAHRA DORNICK und AGNES RASCHAUER (Universität Hildesheim) die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Genderforschung und die neue Governance der Wissenschaft“

zur Diskussion. Basierend auf empirischen Teilstudien zeigten sie erstens, dass in Deutschland bislang weder auf Bundes-, noch auf Bund-Länder- noch auf Bundesländerebene eine systematische Forschungsförderung für Genderforschung implementiert sei. Fünf Fallstudien zur Integration der Genderforschung in die Hochschulentwicklung belegten zweitens, dass die Bedeutung der Genderforschung in diesem Bereich vorrangig über die Themen Profilbildung und Geschlechtergleichstellung verhandelt werde. Die Karrierestrategien des wissenschaftlichen Nachwuchses der Genderforschung würden, so zeigt sich drittens, durch die neue Governance dahingehend beeinflusst, dass neben der hohen intrinsischen Motivation auch Qualifikations- und Berufsperspektiven eine große Rolle spielten. Schließlich nähmen Stakeholder aus Wissenschaft, Forschungsförderung, Wissenschafts- und Hochschulpolitik und gesellschaftlicher Öffentlichkeit die Genderforschung zwar als von hoher Relevanz für Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und den Bedarf nach Wissen aus der Genderforschung für den Gleichstellungsbereich als wachsend wahr. Zugleich aber erweise sich die Genderforschung mit ihrer Reflexivität und der inter- bzw. transdisziplinären Ausrichtung als nur bedingt an die neue Governance anchlussfähig.

Ergebnispräsentationen aus laufenden bzw. jüngst abgeschlossenen Forschungsprojekten zu ausgewählten Aspekten der Genderforschung, Gender Studies und Forschungsförderung unter neuen Governancebedingungen ergänzten das international ausgerichtete Tagungsprogramm.

Den Auftakt bildete INGRID SCHACHERL (Gender Research Wien/Österreich), die Ergebnisse des Forschungsprojektes EQUISTU (*Equality Implementation Standards for Universities*) vorstellte. Ausgehend von der Beobachtung einer sich entwickelnden Gleichstellungs-Governance fragte sie danach, wie die Gleichstellung gesteuert werden könnte und in welchem Verhältnis sie zur Genderforschung stünde. Aus der auf 13 Fallstudien basierenden empirischen Erhebung ließen sich fünf verschiedene Typen der Gleichstellungs-Governance ableiten, nämlich (1) die entkoppelte Struktur, (2) die Tandem-Struktur, (3) das Steuerungsdreieck, (4) die vertikale Integration und (5) die wissensbasierte Matrix. Diese Typen unterschieden sich hinsichtlich der Ausrichtung und Komplexität der Beziehungen, die zwischen den verschiedenen Akteur\_innen der Gleichstellung hergestellt würden. Kurz angerissen wurde auch, dass die Genderforschung dabei eine Rolle spielt bzw. spielen kann.

ELISABETH ZEHETNER (Karl-Franzens-Universität Graz/Österreich) fokussierte basierend auf Ergebnissen des Forschungsprojekts „Nach Bologna: Gender Studies in der unternehmerischen Hochschule“ die Frage, wie sich die Gender Studies im Spannungsfeld der Anforderung der neuen Governance nach ökonomischer Verwertbarkeit und kritischer Frauen- und Geschlechterforschung positionierten. Dabei warf sie ein besonderes Schlaglicht auf das

Bedeutungskontinuum von Innovation, denn in der Studie hatte sich gezeigt, dass Gender Studies von den Hochschulleitungen häufig eine avantgardistische Rolle zugeschrieben werde, welche an die Vorstellung der „modernen Universität“ anschließen.

MILENA JOSTMEIER (Universität Münster) nahm die Frage in den Blick, wie die förderpolitische Vorgabe einer Integration von Gender und Diversity als Querschnittsthemen in alle Stadien von Forschung in konkreten Forschungsvorhaben umgesetzt wird. Am Beispiel des vom BMBF von 2008 bis 2012 geförderten Schwerpunkts „Innovationsstrategien jenseits traditionellen Managements“ zeigte sie, dass die Thematisierung der Bedeutung von Gender und Diversity häufig primär legitimatorischen Zwecken diene und wesentlich nutzenorientiert sei.

Auf einen ähnlichen Punkt zielte auch der abschließende Beitrag von MAREN A. JOCHIMSEN (Universität Duisburg-Essen). Die Referentin wies auf Defizite bei der Integration von Genderperspektiven in die Forschungstätigkeit und den wissenschaftlichen Mainstream hin, welche dazu führten, dass das durch die Genderforschung eröffnete Erkenntnispotenzial bislang in vielen fachlichen Kontexten verschenkt würde. Es sei jedoch wichtig, dass analytisch trennscharf zwischen der Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in der Forschungstätigkeit und der Förderung der Integration der Genderdimension in Forschung unterschieden würde, um die Genderforschung nicht auf gleichstellungspolitische Fragestellungen zu verkürzen und adäquate Fördermaßnahmen zu ermöglichen. Des Weiteren sollten Foren für eine institutionalisierte Zusammenarbeit von unterschiedlichen Akteur\_innen geschaffen werden, die sich für eine Integration von Gender in die Forschung einsetzten, um Wissenstransfer und Synergien zu ermöglichen.

Die Fachtagung verdeutlichte gleichermaßen bestehende Forschungslücken hinsichtlich des Stands und der Perspektiven der Genderforschung unter Bedingungen der neuen Governance der Wissenschaft im deutschen Wissenschaftssystem und im internationalen Vergleich wie auch den großen Diskussionsbedarf der mit der Thematik beschäftigten Akteur\_innen in Hochschule, Forschung und Politik. Abgerundet wurde die Veranstaltung durch ein World Café, an dessen Thementischen die Teilnehmer\_innen Handlungsempfehlungen erarbeiten. Empfohlen werden etwa die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Forschungsförderung und insbesondere auch eine systematische öffentliche Forschungsförderung für vielfältige Vorhaben der Genderforschung, auch jenseits von Gleichstellungszielen. Notwendig seien auch, und nicht nur in den Hochschulen, strategische Bündnisse zwischen Gleichstellungspolitik und Genderforschung. Zudem müssten die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses nicht nur in der Genderforschung verbessert und die Genderforschung als eigenständiger Bereich in Nachwuchsförderprogrammen berücksichtigt werden. Schließlich wurden zahlreiche Ideen zur inner- und außerhochschulischen Öffentlichkeits-

arbeit mit Blick auf die Akzeptanzschaffung für die Genderforschung entwickelt, z.B. in Gestalt fest verankerter Stellen für die strategische Wissenschaftskommunikation in Forschungsprogrammen und der Qualifizierung des wissenschaftlichen Personals für Öffentlichkeitsarbeit, etwa im Bereich der sozialen Medien.

Die Tagungsbeiträge finden sich auf der Webseite des gleichnamigen Forschungsprojekts. Die Ergebnisse des der internationalen Fachtagung zugrunde liegenden Forschungsprojekts werden in Form einer Broschüre ebendort zeitnah veröffentlicht.

Weitere Informationen und Kontakt:

[www.genderforschung-governance.de](http://www.genderforschung-governance.de)

[info@genderforschung-governance.de](mailto:info@genderforschung-governance.de)

